

Stadt Braunschweig

Der Oberbürgermeister

Protokoll

Sitzung des Bauausschusses

Sitzung: Dienstag, 19.04.2016

Ort: Rathaus, Großer Sitzungssaal, Platz der Deutschen Einheit 1, 38100 Braunschweig

Beginn: 15:00 Uhr

Ende: 16:58 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Thorsten Köster - CDU

Mitglieder

Herr Karl-Heinz Kubitza - B90/GRÜNE

Herr Fritz Bosse - CDU

Herr Matthias Disterheft - SPD

Herr Manfred Dobberphul - SPD

Vertretung für: Frau Nicole Palm

Herr Henning Jenzen - BIBS

Herr Detlef Kühn - SPD

Herr Fred Maul - CDU

Herr Dr. Burkhard Plinke - B90/GRÜNE

Herr Frank Täubert - CDU

weitere Mitglieder

Herr Udo Sommerfeld - DIE LINKE.

sachkundige Bürger

Frau Antje Keller - CDU

Frau Nadine Labitzke-Hermann - SPD

Herr Horst-Dieter Steinert - B90/GRÜNE

Gäste

Herr Dieter Wichmann - Seniorenrat Braunschweig

Frau Monika Andersson - Seniorenrat Braunschweig

Verwaltung

Herr Heinz-Georg Leuer - Dez. III
Frau Michaela Springhorn - FBL 65
Herr Gottfried Müller - FB 65, AbtL 65.4
Herr Klaus Benschmidt - FBL 66
Frau Dr. Franziska Gromadecki - FB 66, AbtL 66.5
Frau Bianca Winter - RefL 0600
Herr Ramon Dr. Linhos - Ref. 0200

Protokollführung

Frau Tanja Hellemann - Ref. 0600

Abwesend

Mitglieder

Frau Claudia Jonda - Piratenpartei	entschuldigt
Frau Nicole Palm - SPD	entschuldigt

sachkundige Bürger

Herr Felix Nordheim - CDU	entschuldigt
Herr Stefan Poehling - SPD	entschuldigt
Herr Heinz Kaiser - Vertreter Vorstand Behindertenbeirat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- | | | |
|-----|---|----------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung | |
| 2 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.02.2016
(öffentlicher Teil) | |
| 3 | Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.03.2016
(öffentlicher Teil) | |
| 4 | Mitteilungen | |
| 4.1 | PPP-Projekt/Controllingbericht für das Jahr 2015 | 16-01838 |
| 4.2 | Verwertungsquoten Wertstoff | 16-01833 |
| 4.3 | Mündliche Mitteilungen | |
| 5 | Beschluss über den Jahresabschluss 2014 gemäß § 129 Nieder-
sächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) | 16-01681 |
| 6 | Flüchtlingsunterkünfte für 100 Personen (Typ A)
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 16-01980 |
| 7 | Neubau Kindertagesstätte Lammer Busch Ost II,
38116 Braunschweig
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 16-01978 |
| 8 | Kita Schuntersiedlung
Erneuerung des Schmutzwasser- und Regenwassernetzes
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 16-01791 |
| 9 | Evangelische Kindertagesstätte St. Zachäus in Waggum,
Opferkamp 3, 38110 Braunschweig
Sanierung 1. Bauabschnitt (Dachsanierung)
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss | 16-01976 |

10	Anfragen	
10.1	Einsatz moderner Lampen im Stadtgebiet	16-01999
10.1.1	Einsatz moderner Lampen im Stadtgebiet	16-01999-01
10.2	Unsachgemäße Befestigung von Unterdecken	16-01994
10.2.1	Unsachgemäße Befestigung von Unterdecken	16-01994-01
10.3	Braunschweig Inklusiv, hier: "Toiletten für Alle"	16-01987
10.3.1	Braunschweig Inklusiv, hier: "Toiletten für Alle"	16-01987-01
10.4	Beteiligung am bundesweiten Kita-Aktionstag "Mülldetektive" am 3. Juni	16-02000
10.4.1	Beteiligung am bundesweiten Kita-Aktionstag "Mülldetektive" am 3. Juni	16-02000-01
10.5	Mündliche Anfragen	

Protokoll

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung

Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 09.02.2016 (öffentlicher Teil)

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 0

3. Genehmigung des Protokolls der Sitzung vom 01.03.2016 (öffentlicher Teil)

Stadtbaurat Leuer erläutert auf Nachfrage zur Protokollnotiz unter TOP 4 die gesetzlichen Regelungen des bis 31. Dezember 2019 anwendbaren § 246 BauGB zur Geltungsdauer von Genehmigungen für Flüchtlingsunterkünfte. In Bezug auf eine befristete oder unbefristete Zulässigkeit müsse zwischen Vorhaben im alleinigen Außenbereich und Vorhaben im Außenbereich, die an den beplanten oder unbeplanten Innenbereich angrenzen, unterschieden werden.

Das Protokoll (öffentlicher Teil) wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

8 / 0 / 1

4. Mitteilungen

4.1. PPP-Projekt/Controllingbericht für das Jahr 2015 16-01838

Ratsherr Sommerfeld thematisiert den Aspekt Vandalismus. Stadtbaurat Leuer erläutert, dass die baulichen Möglichkeiten zur Eingrenzung von Vandalismus ausgeschöpft seien; das Weitere obliege der pädagogischen Arbeit. Herr Müller stellt die Schäden an Deckenplatten näher dar.

Stadtbaurat Leuer gibt auf Nachfrage von Ratsherrn Kubitza einen kurzen Überblick zur entsprechenden Entwicklung bei städtischen Sanierungsobjekten. Sobald abschließende Ergebnisse vorliegen, werde den Gremien hierzu berichtet.

Ratsherr Köster fasst das gute Gesamtergebnis des PPP-Projekts zusammen und ergänzt, dass auch keine anderweitigen Rückmeldungen der Schulleitungen vorliegen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.2. Verwertungsquoten Wertstoff 16-01833

Herr Benschmidt und Frau Dr. Gromadecki beantworten verschiedene Einzelfragen der Ausschussmitglieder. Der Anteil der energetischen Verwertung setze sich aus den Kategorien Ersatzbrennstoffe und Feinmüll inkl. Fehlwürfen zusammen, die übrigen Wertstoffe werden vollständig stofflich verwertet. Aufgrund der bundesweit unterschiedlichen Modelle sei eine

direkte Vergleichbarkeit nicht gegeben; die hiesige stoffliche Verwertungsquote liege jedoch höher als beispielsweise bei den Dualen Systemen.

Ratsherr Dr. Plinke stellt heraus, dass die Zusammenstellung das Sortierergebnis der Anlage in Watenbüttel darstelle und nicht die Verwertungsquote des gesamten Braunschweiger Hausmülls widerspiegele. Generell würden im Hinblick auf Mülltrennung und Nutzung der gelben bzw. grauen Tonne noch Optimierungsmöglichkeiten bestehen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

4.3. Mündliche Mitteilungen

4.3.1 Herr Benscheidt berichtet zur Anregung von Ratsherrn Dobberphul aus der Bauausschuss-Sitzung vom 09. Februar 2016, dass die Nachtabschaltung der Fußgänger-/Radfahrer-Lichtsignalanlagen an der Lichtenberger Straße überprüft worden sei. Für eine weitergehende Abschaltung vor 23:00 Uhr bestehe weder aus verkehrlicher noch aus energetischer Sicht Anlass.

Protokollnotiz: Ratsherr Jenzen nimmt ab 15:27 Uhr an der Sitzung teil.

4.3.2 siehe unter TOP 10.5.13

5. Beschluss über den Jahresabschluss 2014 gemäß § 129 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) 16-01681

Ratsherr Sommerfeld thematisiert die Prüfbemerkung des RPA-Schlussberichts zu Diebstählen in Schulen während Baumaßnahmen. Stadtbaurat Leuer und Frau Springhorn erläutern, dass es zu einer direkten Schlüsselaushändigung an die Baufirmen nur während der Ferienzeiten komme; während des regulären Schulbetriebs erfolge der Zugang über die Schulleitungen bzw. den Hausmeister. Hierbei handele es sich um eine gängige Verfahrensweise. Eine Größenordnung von Diebstählen, die Handlungsbedarf auslösen würde, sei nicht bekannt.

Protokollnotiz:

Für das Jahr 2014 wurden insgesamt 26 Diebstähle festgestellt; eine konkrete Zuordnung zu laufenden Baumaßnahmen ist nicht möglich. Gestohlen wurden EDV-Lehrmittel, Feuerlöscher, Leitern und Baumaterial. Seitens der Schulverwaltung wurden im Jahr 2014 Ersatzbeschaffungen in Höhe von rund 11.000 Euro vorgenommen.

Beschluss (Empfehlung an Verwaltungsausschuss und Rat):

„1. Nach Feststellung der Vollständigkeit und Richtigkeit gemäß § 129 Abs. 1 NKomVG des Jahresabschlusses 2014 durch den Oberbürgermeister sowie der Jahresabschlüsse 2014 der Sonderrechnungen Stadtentwässerung und Abfallwirtschaft durch den Finanzdezernenten und des Jahresabschlusses 2014 des Fachbereiches Hochbau und Gebäudemanagement durch den Stadtbaurat und aufgrund des Bestätigungsvermerkes des Rechnungsprüfungsamtes im Schlussbericht für das Haushaltsjahr 2014 wird der Jahresabschluss 2014 beschlossen.

2. Im Rahmen des Beschlusses über den Jahresabschluss 2014 werden folgende Genehmigungen erteilt:

2.1 Der Jahresfehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 29.291.702,54 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und dann gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 125.091.435,50 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 9.743.300,01 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und dann gemäß § 110 Abs. 7 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 83.158.316,46 €.

2.2 Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 923.488,30 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und gemäß § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die Entnahme aus der vorhandenen Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses (27.414,93 €) und aus dem Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses (1.098.562,32 €) gedeckt. Die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses beträgt 0,00 €.

Der verbleibende Überschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Hochbau und Gebäudemanagement für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 202.488,95 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und gemäß § 110 Abs. 7 NKomVG der gemäß § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.467.922,84 €.

2.3 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 2.257.856,71 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen. Der Gesamtüberschuss setzt sich zusammen aus einem Überschuss aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 3.317.017,66 € wird dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 12.554.179,83 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 1.059.160,95 € wird gem. § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 2.606.306,16 €.

Der Fehlbetrag des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Stadtentwässerung für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 225.383,18 € wird auf die Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen. Ein Betrag in Höhe von 290.156,10 € wird aus der nach § 123 Abs. 1 Satz 2 NKomVG gebildeten Sonstigen Rücklage gedeckt. Daraus ergibt sich insgesamt ein neuer Bestand der Sonstigen Rücklage in Höhe von 5.156.621,25 €. Der verbleibende Überschuss in Höhe von 64.772,92 € wird gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 64.772,92 €.

2.4 Der Jahresüberschuss des ordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 483.431,64 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen. Der Gesamtüberschuss setzt sich zusammen aus einem Überschuss aus dem Gebührenbereich und einem Fehlbetrag im neutralen Bereich. Der Überschuss im Gebührenbereich in Höhe von 867.688,01 € wird dem nach § 54 GemHKVO zu bildenden Sonderposten Gebührenaussgleich zugeführt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand des Sonderpostens Gebührenaussgleich in Höhe von 4.466.192,20 €. Der Fehlbetrag im neutralen Bereich in Höhe von 384.256,37 € wird gem. § 24 Abs. 1 GemHKVO durch die vorhandene Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses gedeckt. Damit ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses in Höhe von 1.232.153,20 €.

Der Jahresüberschuss des außerordentlichen Ergebnisses aus der Ergebnisrechnung der Sonderrechnung Abfallwirtschaft für das Haushaltsjahr 2014 in Höhe von 21.118,73 € wird auf Rechnung des Haushaltsjahres 2015 vorgetragen und dann gem. § 110 Abs. 7 NKomVG der gem. § 123 Abs. 1 Ziffer 2 NKomVG zu bildenden Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses zugeführt. Daraus ergibt sich ein neuer Bestand der Rücklage aus Überschüssen des außerordentlichen Ergebnisses in Höhe von 75.671,08 €.“

Abstimmungsergebnis:

9 / 0 / 1

6. Flüchtlingsunterkünfte für 100 Personen (Typ A) 16-01980 Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss

Ratsherr Kühn regt zur Vermeidung von Missverständnissen an, die Kostengruppe 600 'Ausstattung und Kunstwerke' künftig aufzugliedern bzw. darzustellen, welche Kostenanteile auf die Position 'Ausstattung' und welche auf die Position 'Kunstwerke' entfallen. Frau Springhorn bestätigt, dass die Kosten zu 100 % bei der Position 'Ausstattung' angesiedelt seien.

Stadtbaurat Leuer und Frau Springhorn beantworten weitere Einzelfragen der Ausschussmitglieder.

Frau Springhorn erläutert den geforderten EnEV-Standard und stellt die Wärmeschutznachweise der einzelnen Standorte vor. Ein weitergehender Einsatz regenerativer Energien, insbesondere Photovoltaik-Technik, werde im Hinblick auf die Kosten nicht gefordert. Stadtbaurat Leuer betont den qualitativ hohen Standard der EnEV 2016.

Stadtbaurat Leuer gibt einen Überblick über künftige Nachnutzungsmöglichkeiten im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus. Entsprechende Nutzungsanforderungen seien in den Plänen bereits berücksichtigt; ein Umbau der Gebäude sei nicht vorgesehen. Die laufenden Betriebskosten der Flüchtlingsunterkünfte seien voraussichtlich denen regulären Wohnraums vergleichbar, eine konkrete Aussage zu den Versicherungskosten liege noch nicht vor. Weiterhin fielen Kosten im Bereich Betreuung und Integration an.

Frau Springhorn stellt den voraussichtlichen weiteren zeitlichen Ablauf des Ausschreibungsverfahrens der Pakete 2 und 3 vor; ggf. werde eine Sondersitzung des Bauausschusses am 12. Juli 2016 benötigt. Der Ausschuss-Vorsitzende Ratsherr Köster bittet die Ausschussmitglieder, den Termin vorzumerken.

Stadtbaurat Leuer teilt mit, dass es für den Standort Volkmarode erste Kontakte zu einem potentiellen privaten Investor gebe. Für diesen Fall würde eine Objekt- und Kostenfeststellung entfallen und die Abwicklung als Grundstücksgeschäft mit späterer Anmietung erfolgen.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den vorliegenden Plänen zugestimmt.

Die Kosten für die Errichtung von drei Wohnkuben an drei Standorten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 24.03.2016 auf insgesamt 9.184.000 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

**7. Neubau Kindertagesstätte Lammer Busch Ost II,
38116 Braunschweig
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

16-01978

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben kurz vor.

Ratsherr Kubitzka lobt den Einsatz regenerativer Energien.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 21.01.2016 zugestimmt. Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 08.03.2016 auf insgesamt 2.424.000 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

**8. Kita Schunthersiedlung
Erneuerung des Schmutzwasser- und Regenwassernetzes
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

16-01791

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben kurz vor.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 21.01.2016 zugestimmt.

Die Gesamtkosten werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 03.03.2016 auf insgesamt 371.600 € einschließlich der Eigenleistung des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

**9. Evangelische Kindertagesstätte St. Zachäus in Waggum,
Opferkamp 3, 38110 Braunschweig
Sanierung 1. Bauabschnitt (Dachsanie rung)
Objekt- und Kostenfeststellungsbeschluss**

16-01976

Frau Springhorn stellt das Investitionsvorhaben kurz vor und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder. Etwaige Vergabegewinne sollen vorrangig zur Fenstersanierung verwendet werden. Die Baumaßnahme diene dem Substanzerhalt.

Beschluss:

„Dem o. a. Investitionsvorhaben wird gemäß den Plänen vom 18.03.2016 zugestimmt.

Die Gesamtkosten der Sanierung betragen auf Grundlage der Kostenschätzung vom 18.03.2016 rd. 1.350.000 €. Die darin enthaltenen Gesamtkosten für den 1. Bauabschnitt (Dachsanie rung) werden auf Grundlage der Kostenberechnung vom 18.03.2016 auf insgesamt 460.000 € einschließlich der Eigenleistungen des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement und eines Zuschlags für Unvorhergesehenes festgestellt.“

Abstimmungsergebnis:

10 / 0 / 0

10. Anfragen

10.1. Einsatz moderner Lampen im Stadtgebiet **16-01999**

Ratsherr Täubert erläutert die Anfrage der CDU-Fraktion.

10.1.1.Einsatz moderner Lampen im Stadtgebiet **16-01999-01**

Herr Benschmidt beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion und weitere Einzelfragen der Ausschussmitglieder zum Einsatz von LED-Technik. Im Hinblick auf die kostenmäßige Verteilung von Einsparungen verweist Stadtbaurat Leuer auf den bestehenden Vertrag.

Die Stellungnahme 16-01999-01 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

10.2. Unsachgemäße Befestigung von Unterdecken **16-01994**

Ratsherr Kühn erläutert die Anfrage der SPD-Fraktion.

10.2.1.Unsachgemäße Befestigung von Unterdecken **16-01994-01**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der SPD-Fraktion und weitere Einzelfragen der Ausschussmitglieder, insbesondere zur Information und Verantwortung privater Eigentümer.

Die Stellungnahme 16-01994-01 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

10.3. Braunschweig Inklusiv, hier: "Toiletten für Alle" **16-01987**

10.3.1.Braunschweig Inklusiv, hier: "Toiletten für Alle" **16-01987-01**

Frau Springhorn beantwortet die Anfrage der Fraktion der Piratenpartei. Bauliche Möglichkeiten im Bestand bestehen nicht; der Rückgriff auf einen externen Anbieter werde geprüft.

Die Stellungnahme 16-01987-01 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

10.4. Beteiligung am bundesweiten Kita-Aktionstag "Mülldetektive" am 3. Juni **16-02000**

Ratsherr Bosse erläutert die Anfrage der CDU-Fraktion.

10.4.1.Beteiligung am bundesweiten Kita-Aktionstag "Mülldetektive" am 3. Juni **16-02000-01**

Stadtbaurat Leuer beantwortet die Anfrage der CDU-Fraktion.

Die Stellungnahme 16-02000-01 (siehe Anlage) wird zur Kenntnis genommen.

10.5. Mündliche Anfragen

10.5.1 Ratsherr Köster bittet im Zusammenhang mit dem voraussichtlichen Aus des Manifestes um weitergehende Erläuterung der in der Presse genannten gestiegenen Anforderungen, insbesondere zur Verkehrsführung und Beschilderung. Die Verwaltung wird nach erfolgter Prüfung berichten.

10.5.2 Ratsherr Köster fragt nach dem Stand der Verlegung der hinter dem Gebäude vorgesehenen Nachweisfläche für Parkplätze am Standort der Flüchtlingsunterkunft Melderode. Die Verwaltung wird zum Sachstand berichten.

10.5.3 Ratsherr Maul fragt, ob angesichts der rückläufigen Flüchtlingszahlen möglicherweise Standorte des Unterbringungskonzeptes nicht zur Bebauung kommen. Stadtbaurat Leuer fasst zusammen, dass die bislang 8 Standorte in der Kostenfeststellung als erste gebaut

werden. Im Hinblick auf die weiteren Standorte werde an den getroffenen Entscheidungen festgehalten, die Umsetzung erfolge bedarfsgerecht entsprechend der weiteren Entwicklung.

10.5.4 Ratsherr Maul hinterfragt die Wirksamkeit sog. Pfortnerungen und erkundigt sich nach Erfahrungswerten anderer Kommunen. Stadtbaurat Leuer stellt den Gesamtzusammenhang der erfolgten Maßnahme in der Innenstadt dar und verdeutlicht den pragmatischen Ansatz. Wichtig sei, dass entsprechende Maßnahmen für die Verkehrsteilnehmer nachvollziehbar seien. Weitere Pfortnerungen seien zunächst nicht geplant.

10.5.5 Ratsherr Jenzen regt an, das Schild mit den Öffnungszeiten der Deponie Watenbüttel (Montags erst ab 11:00 Uhr) bereits an der Zufahrtsstraße aufzustellen, um unnötigen Verkehr und Staus zu vermeiden. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

10.5.6 Bürgermitglied Steinert fragt nach dem Sachstand zum Umbau des Nordbades. Stadtbaurat Leuer begründet die vorliegende Bauverzögerung.

10.5.7 Auf Frage von Bürgermitglied Steinert nach der Errichtung sog. Kalthallen als Sporthallen-Ersatz erklärt Stadtbaurat Leuer, dass dies nach seiner Kenntnis nicht vorgesehen sei.

Stadtbaurat Leuer gibt in diesem Zusammenhang einen Überblick über den aktuellen Stand bzgl. der Leichtbauhallen. Konkrete Standortentscheidungen seien noch nicht getroffen und werden sich auch an der weiteren Entwicklung der Flüchtlingszahlen orientieren. Derzeit werde eine Rahmenausschreibung vorbereitet, um ggf. kurzfristig und bedarfsgerecht reagieren zu können.

10.5.8 Auf Frage von Ratsherrn Kühn erläutert Frau Springhorn die brandschutztechnischen Anforderungen an Bilderrahmen in Schulen. Eine spezielle Zertifizierung sei nicht erforderlich. Stadtbaurat Leuer empfiehlt im Einzelnen eine Kontaktaufnahme mit der Schulverwaltung. Er verdeutlicht nochmals die Notwendigkeit, Flucht- und Rettungswege brandlastenfrei zu halten.

10.5.9 Ratsherr Disterheft fragt nach dem Sachstand zum Anbau an das Feuerwehrhaus Harxbüttel. Stadtbaurat Leuer erläutert das weitere Vorgehen im Gesamtaufgabenkontext und Investitionsvolumen des Fachbereichs Hochbau und Gebäudemanagement.

10.5.10 Ratsherr Disterheft thematisiert die verkehrlichen Maßnahmen im Zuge der FUK-Abarbeitung, insbesondere im Hinblick auf Beschilderung und Parkmöglichkeiten. Stadtbaurat Leuer sagt eine entsprechende Prüfung zu.

10.5.11 Ratsherr Dobberphul regt bezüglich des Geh-/Radweges an der Raffteich-Buschleuse an, die zwei mittleren Steine durch einen mittigen Stein zu ersetzen, um die Durchfahrbarkeit für den Radverkehr zu verbessern. Die Verwaltung sagt eine Prüfung zu.

10.5.12 Ratsherr Kühn fragt nach dem Sachstand bezüglich einer möglichen Leichtbauhalle östlich der Mastbruchsiedlung. Stadtbaurat Leuer teilt mit, dass hierzu noch keine neuen Erkenntnisse vorliegen. Konkrete Standortentscheidungen werden den politischen Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt.

10.5.13 Herr Benscheidt teilt mit, dass im Zuge der derzeitigen Erneuerung der Autobahn 391 erforderliche Veränderungen an den Beleuchtungsmasten im Bereich der Auffahrten festgestellt worden seien. Diese stehen nach heutigen Sicherheitsanforderungen zu nah an der Fahrbahn. Soweit möglich, werden die Masten gesichert bzw. versetzt; einige wenige Masten müssten entfernt werden. Auswirkungen auf die Beleuchtungssituation ergeben sich hierdurch nicht.

Die Sitzung endet um 16:58 Uhr.

gez. Köster

- Vorsitz -

gez. Leuer

- Stadtbaurat -

gez. Hellemann

- Schriftführung -